

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

Montag, den 11. Dezember 1967

Blatt 3524^a

700 Jahre St. Jakob zu Penzing
=====

Eine Ausstellung des Bezirksmuseums Penzing

11. Dezember (RK) Kommenden Freitag, den 15. Dezember, eröffnet der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Dr. Max Neugebauer, um 15 Uhr, in den Räumen des Bezirksmuseums Penzing, 14, Penzinger Straße 59, eine Ausstellung, die sich mit der Geschichte der alten Kirche St. Jakob zu Penzing von ihrer im Jahre 1267 erfolgten Gründung bis in die Gegenwart befaßt. Sie zeigt neben einer Vielzahl von Exponaten aus den eigenen Sammlungen des Bezirksmuseums und Leihgaben der Pfarre St. Jakob auch Reproduktionen von Urkunden aus in- und ausländischen Archiven. Im Anschluß daran werden in einem zweiten Schauraum Dokumente zur Geschichte der in den Bezirk Penzing eingemeindeten seinerzeitigen Filialdörfer Baumgarten, Breitensee, Hadersdorf-Weidlingau und Hütteldorf gezeigt.

Die Ausstellung ist jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr frei zugänglich.

Idee und Programm für diese Ausstellung sind der Initiative des Leiters des Bezirksmuseums Penzing, Professor Anton Scheiblin zu danken, der in unermüdlicher Arbeit Material zu diesem Themenkreis sammelte und so in einer eindrucksvollen Dokumentation einen weiteren geschichtlichen Beitrag zur Heimatkunde des 14. Bezirks geleistet hat.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Eröffnung dieser interessanten Ausstellung zu entsenden.

Termin: Freitag, 15. Dezember, 15 Uhr.

Ort: Bezirksmuseum Penzing, 14, Penzinger Straße 59.

- - -

G e m e i n d e r a t d e r S t a d t W i e n

=====

R e d n e r l i s t e

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1968,
zur Gebührenüberprüfung

und zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1968

Bericht- erstatter Amtsf.StR.	Haupt- stück	KLS	<u>zum Wort gemeldet</u>		
			FPÖ	ÖVP	SPÖ
Vbgm. Slavik Mo.11.12.	II.und General- debatte	Lauscher	Dr.Schmidt	Dr.Macher	Jodlbauer
Bock Di.12.12.	I.	Karger	Dr.Hirn- schall	Dr.Bauer	Graczoll Wiesinger
Gertrude Sandner Di.12.12.	III.	Lauscher	Peter	Bittner Fröhlich	Gawlik Rösner Dipl.-Volksw. Karoline Pluskal
Maria Jacobi Mi.13.12.	IV.	Lauscher	Dr.Hirn- schall	Dr.Marga Hubinek Lehner	Maria Szöllösi Herbert Mayr
Dr.Glück Mi.13.12.	V.	Karger	Dr.Hirn- schall	Dipl.-Ing. Blaschka Dr.Helene Stürzer	Elisabeth Schindler Dr.Gisel
Heller Do.14.12.	VI.	Lauscher	Dr.Schmidt	Matza Pelzel- mayer Dipl.-Ing. Dr.Strobl	Dkfm.Hintschig Sagmeister
Vbgm. Dr.Drimmel Do.14.12.	VII.	Lauscher	Dr.Schmidt	Neusser Dr.Winter	Binder

Bericht- erstatter Amtsf.StR.	Haupt- stück	KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Pfoch Fr.15.12.	VIII.	Karger	Peter	Dkfm.Dr. Ebert Tipl.-Ing. DDr.Strunz	Käthe Jonas Wiesinger
Glaserer Fr.15.12.	IX.	Lauscher	Dr.Schmidt	Wagner	Windisch Hermine Fiala
Dkfm.DDr. Prutscher Mo.18.12.	X.	Lauscher	Peter	Jedletz- berger Walzer	Eder
Sigmund Mo.18.12.	XI.	Karger	Dr.Hirn- schall	Dr.Glatzl Dr.Habl	Margarete Tischler
Dkfm.Dr. Maria Schaumayer Di.19.12.	Stadt- werke	Karger	Peter	Kowarsch Dr.Krasser	Stockinger Nekula

Weitere 5.000 Montagebauwohnen für Wien
=====Fertigteilbauten haben sich in jeder Hinsicht bewährt

11. Dezember (RK) Nachdem die Wiener Montagebaugesellschaft die 7.500 schlüsselfertigen Wohnungen, die die Stadt Wien bisher in Auftrag gegeben hat, in kürzerer Zeit wird übergeben können, als ursprünglich vorgesehen, beschäftigte sich der Bauausschuß des Gemeinderates heute mit einer Erweiterung des Liefervertrages um 5.000 Fertigteilwohnungen. Stadtsenat und Gemeinderat werden darüber die endgültigen Beschlüsse fassen.

(Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben!)

+

Die Ziele und Erwartungen, die die Stadtverwaltung an die Einführung der Fertigteilbauweise geknüpft hat, sind voll und ganz erfüllt worden. Die bisher fertiggestellten Montagebauwohnungen konnten durchwegs vor den vereinbarten Terminen übergeben werden und die Gesamtfrist für die 7.500 vertraglich ausbedingenen Wohnungen wird kennenswert unterschritten. Der Zeitgewinn gegenüber der herkömmlichen Bauweise ist im Montagebau beträchtlich. Auch in wärmetechnischer Hinsicht oder in Bezug auf Schalldichte entsprechen die Fertigteilwohnungen allen Anforderungen. Die Grundrißlösungen haben ebenfalls allgemeine Anerkennung gefunden. Durch ihre Ausstattung tragen die Montagebauwohnungen zu einer weiteren Hebung des bereits ansehnlichen Standards im Wiener kommunalen Wohnungsbau bei. Die Qualität des Innenausbaus der Fertigteilwohnungen liegt nicht nur nach Wiener Maßstäben, sondern auch bei internationalen Vergleichen an der Spitze des sozialen Wohnbaues.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen will die Stadt Wien mit der Montagebaugesellschaft einen Liefervertrag für weitere 5.000 schlüsselfertige Wohnungen abschließen, die in den nächsten Jahren übergeben werden sollen.

Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen
=====

11. Dezember (RK) Heute vormittag begannen im Wiener Rathaus die Beratungen des Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1968. Bürgermeister Bruno Marek eröffnete die Sitzung. Zunächst wurde die Neuwahl von 14 Vorstandsmitgliedern, drei Mitgliedern des Überwachungsausschusses sowie des Vorsitzenden und zwei Beisitzern des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Gemeindebediensteten vorgenommen. Die Wahlvorschläge wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Nach dem "Fahrplan" der Budgetdebatte findet heute die Generaldebatte und die Behandlung der Gruppe "Finanzwesen" statt. Referent ist Vizebürgermeister Felix Slavik.

Wiener zeigten mehr Interesse für's Budget

Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ) stellte einleitend fest, daß die Wiener heuer wesentlich mehr Interesse für den Voranschlag gezeigt haben, als bisher. Von ihrem Recht der Einsichtnahme haben rund dreimal soviel Gemeindeglieder Gebrauch gemacht, als im Vorjahr, an "Erinnerungen" wurden fast fünfmal soviel, nämlich 102 abgegeben. In den sogenannten Erinnerungen wurden Wünsche und Anregungen zu allen Geschäftsgruppen, (außer der Verwaltungsgruppe "Wirtschaftsangelegenheiten") abgegeben. Vizebürgermeister Slavik betonte, daß alle diese Erinnerungen von den zuständigen Stellen und Körperschaften sorgfältig behandelt und beraten werden.

Die auffallende Zunahme des öffentlichen Interesses am Voranschlag führt der Sprecher auf die intensivere Arbeit des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien zurück, der die Bevölkerung laufend mit ausführlichen Informationen versorgt. Auch der "Tag der offenen Tür" habe sicher dazu beigetragen, daß an der Arbeit der Stadtverwaltung mehr Anteil genommen wird.

60 Sekunden für 11,7 Milliarden

Wenn es im Gemeinderat auch nicht so turbulent zugehen mag wie in anderen Körperschaften, tut es dennoch not, das Interesse für die Gemeinderatssitzungen zu wecken. Man sollte nicht übersehen, daß allein in der Hoheitsverwaltung die Ausgaben im kommenden Jahr mit 11,7 Milliarden Schilling und für die Wiener Stadtwerke mit rund 5 Milliarden Schilling veranschlagt sind. Es sind also nahezu 17 Milliarden Schilling, die heute und in den nächsten Tagen in dieser Saale zur Beratung stehen.

Der Frau Stadtrat Dr. Schaumayer und dem Vizebürgermeister Slavik seien vom Fernsehen je 60 Sekunden zur Verfügung gestellt worden, um über den Voranschlag der Gemeinde Wien bzw. der Wiener Stadtwerke zu berichten. Angesichts der Bedeutung, die das Budget der Stadt Wien und das Budget der Wiener Stadtwerke auch für die Nachbarbundesländer hat, ist es wohl vertretbar, daß die Frau Stadtrat 90 Sekunden und der Finanzreferent 100 Sekunden Sendezeit in Anspruch genommen haben. Fernsehen und Rundfunk würden sich nichts vergeben, wenn sie dem Voranschlag der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke gegenüber mehr Interesse an den Tag legen würden. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, ausreichend informiert zu werden, die Massenmedien haben die Verpflichtung, bei der Information der Bevölkerung mitzuwirken.

Auswirkungen der Bundesgesetzgebung

Im Gegensatz zu den Vorjahren könne man nicht von der Vorlage eines Routinebudgets sprechen, denn es haben sich die im vergangenen Jahr und auch heuer beschlossenen Bundesgesetze stärker als bisher ausgewirkt. So führten allein die Wachstumsgesetze zu Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen von 350 Millionen, bei der Gewerbesteuer zu Mindereinnahmen von 30 Millionen. Ohne Berücksichtigung der Auswirkungen neuer bundesgesetzlicher Maßnahmen hätte der Gewerbesteuerertrag um etwa 100 Millionen Schilling höher angesetzt werden können.

Die Ertragsanteile sind im Budget 1968 mit 4,1 Milliarden Schilling eingesetzt; dieser Betrag wird nur dann erreicht werden können, wenn im kommenden Jahr das Bruttonationalprodukt um rund 2 Prozent steigt; nach dem der Bundesregierung vorgelegten Koren-Bericht dürften die Aussichten für eine zweiprozentige Steigerung nicht allzu rosig sein; wir können nur hoffen, daß der Bericht an die Bundesregierung zu pessimistisch erstellt wurde.

Der Gewerbesteuerertrag ist mit 700 Millionen präliminiert. Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Ansätze ist jedoch, daß die in den Monaten Oktober und November eingetretene rückläufige Entwicklung nicht anhält; gegenüber dem Vorjahr sind die Gewerbesteuereingänge in diesen zwei Monaten von 54 Millionen auf 29 Millionen zurückgegangen.

Auch die Lohn- und Einkommensteuerreform wird im Budget der Stadt Wien eine Minderung der Einnahmen um rund 350 Millionen zur Folge haben. Weitere Einnahmeminderungen ergeben sich aus der Änderung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Eine Milliarde weniger!

Seinerzeit ist man gegen die Durchführung der Olympischen Spiele in Wien aufgetreten, weil man eine Überhitzung der Wirtschaft befürchtet hat. Heute wäre man froh, wenn - wie sich in München zeigt - im Zusammenhang mit der Olympiade wirtschaftsfördernde Investitionen getätigt werden müßten.

Auf dem Gebiet der Wohnbauförderung werden die Bundesländer im kommenden Jahr nur 1,3 Milliarden Schilling bekommen, diesem Betrag stehen bei den Fonds Schulden von vier Milliarden gegenüber; beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds liegen Ansuchen mit einer Darlehenssumme von 17 Milliarden, beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds von fünf Milliarden Schilling. Beim Wiederaufbaufonds liegen seitens der Stadt Wien Ansuchen für 1,8 Milliarden Schilling, die Überweisung wird 1968 114 Millionen betragen; wir würden 15 Jahre brauchen, um nur die bereits vorliegenden Ansuchen bewilligen zu können; beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wären acht Jahre zur Erledigung der bereits vorliegenden Ansuchen notwendig. Von der Bewilligung neuer Ansuchen kann daher bei beiden Fonds in den nächsten Jahren keine Rede sein.

Die Gemeinde Wien wird im kommenden Jahr nicht mehr 11.500 Wohnungen bauen oder fördern können, sondern nur mehr 10.200, also um 1.300 weniger.

Die Minderung der Einnahmen auf Grund der neuen Bundesgesetze wird im Budgetjahr 1968 rund eine Milliarde Schilling ausmachen. Wir werden nicht in der Lage sein, alle Auswirkungen der Bundesgesetzgebung auszugleichen; wir werden daher auch der Tarifpolitik unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Durch die Bundesgesetzgebung werden noch Wünsche aus den verschiedensten Zweigen an uns herangetragen werden. So erwarten unter anderem auch die Kinobesitzer Hilfe. Besondere Sorge macht uns die sogenannte Strukturänderung unserer Wirtschaft. Unser Augenmerk muß daher weiteren Betriebsansiedlungen zugewendet werden. Nach der Aufschließung des Industriegeländes Liesing und des Gebietes im Auhaf, müssen wir für weitere Ansiedlungen auf dem linken Donauufer, aber auch im Süden und Südosten unserer Stadt sorgen. Dies geschieht nicht nur im Interesse unserer Wirtschaft, sondern auch im Interesse der großen Zahl der sogenannten Pendler.

Die Aufgaben der nächsten Jahrzehnte

Die Gemeindeverwaltung kommt nun, nach den langen Jahren der Wiederherstellung unserer Stadt dazu, immer mehr große Probleme in Angriff zu nehmen, die uns über Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte beschäftigen und finanziell belasten werden. Der Referent erinnert in diesem Zusammenhang an den Hochwasserschutz, der 2,5 Milliarden erfordern wird. Für die Vorarbeiten sind bereits die notwendigen Mittel vorhanden. Wir kommen auch zum Bau der U-Bahn und damit im Zusammenhang zur Lösung des gesamten Verkehrsproblems. Für die nötigen Mittel zur Errichtung einer Probestrecke, die Entwicklung eines Waggons und für die Detailplanung ist bereits vorgesorgt. Ein so großes Bauwerk kann jedoch nur in Angriff genommen werden, wenn alle Voraussetzungen für eine einwandfreie Durchführung gegeben sind. Dazu sind jedoch noch viele Untersuchungen und Entwicklungsarbeiten - und auch Bewilligungen - notwendig. Den U-Bahn-Bau mit kommenden Wahlen in Zusammenhang zu bringen, sei daher kaum angebracht.

./.

Beitrag des Bundes notwendig

Natürlich wird auch der Bund für so große Vorhaben einen Beitrag leisten müssen. Die Verhandlungen darüber werden geführt, und es ist zu hoffen, daß sie zielführend sein werden. Nach heutigen Berechnungen werden für den U-Bahn-Bau rund sieben Milliarden Schilling erforderlich sein und eine Bauzeit von rund eineinhalb Jahrzehnten.

Unsere Pflicht sei es, für die Klärung der Abwässer zu sorgen. Derzeit ist eine Kläranlage in Inzersdorf im Bau, aber auch an der Donau werden große Kläranlagen errichtet werden müssen. Hiefür sind rund 700 Millionen nötig.

Zu sorgen haben wir auch für die Reinhaltung unserer Luft. Das soll einerseits durch die Errichtung von Fernheizwerken geschehen, vielleicht aber auch durch Änderungen in der Gewerbeordnung und der Bauordnungen. Nach der Errichtung der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig, bauen wir nun ein großes Fernheizwerk im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses.

Durch sparsamste Berechnungen auf dem Personal- und Verwaltungssektor hat man sich bemüht, für Investitionen größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Investitionen sind nicht nur für die Wirtschaft und damit für die Bevölkerung unserer Stadt von großer Wichtigkeit, sondern darüber hinaus für das ganze Land. Hatten wir 1967 für Investitionen 2,6 Milliarden veranschlagt, sind es für 1968 drei Milliarden. Unsere besondere Sorge gilt der Bauwirtschaft und dem Baunebengewerbe. Für die Bauwirtschaft sind mehr als vier Milliarden vorgesehen, das sind 35,8 Prozent der Gesamtausgaben.

Verhandlungen werden auch mit dem Bund über die Errichtung der Schnellbahnstationen geführt. Die Gemeinde würde die Vorfinanzierung übernehmen.

Wichtig für unsere Bevölkerung ist eine ausreichende Versorgung mit gutem Trinkwasser. Wir müssen uns nicht nur ständig damit beschäftigen neues Wasser für Wien zu gewinnen, sondern auch dafür sorgen, dieses Wasser an den Verbraucher zu bringen. Dazu ist ein weiterer Ausbau des Rohrnetzes notwendig. 124 Millionen sind allein für Bauvorhaben auf diesem Gebiet vorgesehen.

Auf die Wiener Verkehrsprobleme eingehend, bezeichnete Vizebürgermeister Slavik den Anteil der Bundesmittel für Wien als zu gering. Die im nächsten Jahr zu erwartende Bundesstraßengesetznovelle müsse daher Verbesserungen für Wien bringen. Fragen der Bundesstraßen in Wien seien nicht nur für die Bundeshauptstadt wichtig, sondern auch für Niederösterreich und das Burgenland.

Ebenso sowohl für Wien wie auch für Niederösterreich von Bedeutung sei der Donau-Oder-Kanal. Es müsse ein Stichkanal nach Wien geführt werden, der Umweg über Preßburg sei abzulehnen.

90 Millionen für Allgemeines Krankenhaus

Als weiteren Schwerpunkt des Budgets bezeichnete der Vizebürgermeister die Ausgaben für den Gesundheitsdienst. Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses seien 90 Millionen vorgesehen, dazu kommen noch die Ausgaben für das Fernheizwerk, das zur Versorgung des Allgemeinen Krankenhauses mit Wärme diene. Für das Rudolfsspital sind 29 Millionen eingesetzt, 15 Millionen für den Bau der Unfallchirurgie im Wilhelminenspital.

Dann kam Vizebürgermeister Slavik auf den Unterrichtssektor zu sprechen und erwähnte, daß im kommenden Jahr 24 Volks- und Hauptschulen sowie 13 Kindertagesheime in Bau sein werden.

Vorfinanzierung der Stadtwerke-Anleihe

Hinsichtlich der Wiener Stadtwerke stellte Slavik fest, daß im Budget eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen Schilling vorgesehen sei. Sie werde jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt am internationalen Kapitalmarkt aufgenommen werden, bis die Bedingungen günstiger seien. Die Anleihe wird inzwischen von der Stadt Wien vorfinanziert werden.

Drei Jahre hindurch werde eine Kapitalaufstockung der Stadtwerke durchgeführt werden, die jeweils 400 Millionen Schilling betragen wird. Davon werden 150 Millionen in bar erlegt, 250 Millionen in Sachwerten.

Der gesamte Schuldendienst wird 486,5 Millionen Schilling betragen, von dem jedoch die Hauptlast mit 449,5 Millionen von den Wiener Stadtwerken ersetzt wird.

Im Gesundheitswesen sind - anders als bei früheren Vorschlägen - Veränderungen eingetreten. In erster Linie wegen der mit 1. Jänner 1968 in Kraft tretenden 21. Novelle zum ASVG, die für die Krankenkassen die Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage von 3.000 auf 3.600 Schilling vorsieht. Verhandlungen, für die Spitalerhalter einen höheren Verpflegssatz der Kassenpatienten zu erreichen, seien leider gescheitert. Was der Hauptverband der Stadt Wien geboten hätte, sei für die Gemeinde unannehmbar gewesen, die daher den Weg zum Schiedsgericht antreten müsse.

Budget der Existenzsicherung

Vizebürgermeister Slavik schloß sein Referat mit der Feststellung, daß das Budget für 1968 nicht nur den Bedürfnissen unserer Stadt entspreche, sondern auch mithelfen soll, der Wirtschaft einen Impuls zu geben, damit die Existenz aller unserer Mitbürger gesichert werde.

Der Vizebürgermeister stellte dann die formellen Anträge. Ferner berichtete er über die auch heuer durchgeführte Überprüfung der Gebühren und Tarife und teilte mit, daß für die Wassergebühr eine Erhöhung bereits vorbereitet werde. Bei den Kanalgebühren und den Beistellgebühren der Feuerwehr soll eine Gebührenregulierung ebenfalls vorbereitet werden. Bei den meisten anderen Gebühren und Entgelten wird eine Erhöhung nicht in Frage kommen.

Generaldebatte

Als erster Debattenredner kam GR. Lauscher (KLS) zum Wort. Seine massive Kritik an den beiden Koalitionsparteien leitete er mit einem Angriff gegen die Wiener Sozialisten ein. Er stellte die sozialistische Politik in der Bundeshauptstadt jener auf Bundesebene gegenüber und behauptete, die Wiener SPÖ betreibe eine zwiespältige Politik: Auf Bundesebene kritisieren sie die Volkspartei, in Wien passe sie sich aber den Methoden der ÖVP an.

./.

Im Parlament habe eine sozialistischer Abgeordneter gesagt, man solle sich die Millionen von den Millionären holen. In Wien dagegen würde auch der extremste Luxus viel zu wenig besteuert. Sowohl auf Bundes- als auch auf Gemeindeebene tue die SPÖ viel zu wenig, um die ÖVP an ihrer unsozialen Politik zu hindern.

Noch um einen Ton schärfer waren die Angriffe auf die Wiener ÖVP: Begünstigt durch das weiche Verhalten der Wiener Sozialisten, könne die ÖVP in der Bundeshauptstadt ungehindert ihr demagogisches Spiel treiben. Sie wolle offenbar den Eindruck erwecken, es gebe zwei Volksparteien, eine auf Bundesebene und eine in Wien. "Aber es gibt nur eine Volkspartei", führte Lauscher aus, "und die schädigt Wien."

Auf die wirtschaftliche Situation Wiens eingehend, wies Lauscher auf die beunruhigende Erscheinung hin, daß in vielen Wiener Betrieben Aufnahmssperren entweder angekündigt oder sogar schon durchgeführt seien. Besonders mit dem Schicksal des Industriebereichs Floridsdorf werde sich der Gemeinderat in Zukunft oft zu beschäftigen haben.

Lauscher zitierte dann eine Broschüre der sozialistischen NR.-Abgeordneten Dr. Firnberg, in welcher die Autorin schreibt, daß die Bedeutung Wiens als Industriestandort ständig zurückgehe. Dazu sagte Lauscher, daß jetzt die kapitalistische Wirtschaft ihren wahren Charakter zeig^e, nämlich ihre Brüchigkeit und Unsicherheit.

Die von der Gemeinde Wien ergriffenen Initiativen zur wirtschaftlichen Belebung in der Bundeshauptstadt bezeichnete der kommunistische Gemeinderat als "völlig unzulänglich", konzidierte aber hinsichtlich des Voranschlages 1968, daß dieser "weniger unerfreulich" als das Bundesbudget der Österreichischen Volkspartei.

Ein Konzept der künftigen Entwicklung Wiens müßte nicht für ein oder zwei Jahre, sondern für mindestens ein Jahrzehnt vorgelegt werden. Diese Forderung ist keineswegs neu, wenn sie auch von den einen als Leitbild und von anderen als Entwicklungsplan bezeichnet wird.

Die letzten Festwochen waren der erfreuliche Ausdruck des erwachenden ~~Europabewußtseins~~ ^{europabewußtseins}. Im Interesse Wiens müßte man sich konsequent um die Erfüllung der Brückenfunktion der Bundeshauptstadt bemühen. Viel zu spät hat man das Institut für Standortplanung beauftragt, einen geeigneten Standort für den künftigen Wiener Großflughafen festzulegen. Unsere unmittelbaren Konkurrenten Prag und München haben uns bei den Bemühungen überflügelt, Hauptumschlagsplatz des Flugverkehrs in Zentraleuropa zu werden.

Von Wien als einer Stadt der Verständigung und Neutralität könnten echte Impulse für den Weltfrieden ausgehen. Die Vertretung der Stadt Wien hat jedoch ihre Stimme nicht gegen den Völkermord in Vietnam erhoben, sie hat auch das Terrorregime in Griechenland nicht verurteilt.

Der Jahreswechsel wird auf dem Wohnungssektor grundsätzliche Veränderungen bringen, die Wohnbauförderung des Bundes wird zu einer wesentlichen Verschlechterung führen. Das Mietrechtsänderungsgesetz bringt Zinserhöhungen und eine Verschärfung des berichtigten Paragraphen 7 des Mietengesetzes; es ist der Beginn der völligen **Zertrümmerung** des Mieterschutzes. Die SPÖ hat den undemokratischen Methoden der ÖVP keinen wirksamen Widerstand entgegengesetzt. Nun soll die Wiener Wohnbaureform in der gleichen undemokratischen Weise durchgedrückt werden.

Aber auch der Forderung nach Demokratisierung der Bezirksvertretungen wird nicht Rechnung getragen. Ebenso blieben die Wünsche nach Demokratisierung der Wiener Gemeinderatswahlordnung unberücksichtigt.

Dem Gemeinderat liegt ein Budget vor, von dem man von vornherein weiß, daß es in vielen Punkten nicht stimmt; man hat es unterlassen, dem Gemeinderat schriftliche Unterlagen über die budgetären Auswirkungen der bereits vorgesehenen Maßnahmen vorzulegen. Diese Tatsache ist mit ein Grund für die Ablehnung der Ansätze des II. Hauptstücks des Budgets; darüber hinaus lehnt die Fraktion des Redners die Grundsätze der Finanz-, Steuer- und Tarifpolitik ab, von denen sich die Wiener Gemeindeverwaltung leiten läßt.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zeigt auf, daß zu den bisherigen Schwierigkeiten bei der Budgeterstellung neue hinzugekommen sind, deren Bewältigung angesichts der allgemeinen Konjunkturerflachung und der Politik der ÖVP-Bundesregierung immer schwieriger wird. Versäumnisse der Vergangenheit können in Zeiten einer schlechten Wirtschaftslage nicht aufgeholt werden.

Einzelansätze in diesem Voranschlag weisen eine erfreuliche Dotierung auf, zum Beispiel der Hochwasserschutz, die erste Baurate für das Dianabad und die verstärkten Bemühungen für das Kanal- und Wasserleitungsnetz, jedoch ist der Investitionssektor nach wie vor das Stiefkind des Budgets. Wohl sind für arbeitsschaffende Investitionen 260,6 Millionen vorgesehen, jedoch bleibt der Steigerungsbetrag von 10,6 Prozent unter der Gesamtsteigerung des Voranschlages, die bekanntlich 11,1 Prozent beträgt.

Der Redner bezeichnet den Voranschlag 1968 als ein "Budget der halben Wahrheiten". Mit diesem Budget, das unklar und unübersichtlich sei, werde man der Lösung der dringendsten Probleme Wiens keinen Schritt näherkommen.

Zahlreiche wichtige, für 1968 geplante Dinge fänden keinen Niederschlag im Budget. So seien zum Beispiel die grundlegenden Änderungen, die ab 1. Jänner 1968 im kommunalen Wohnungsbau in Kraft treten, mit keinem Wort im Voranschlag berücksichtigt. Man finde keinerlei Hinweis etwa auf die künftigen Einnahmen aus den Baukostenzuschüssen, es gebe keinen Ansatz für die Zinsbeihilfen usw. Auch die geplante 50prozentige Erhöhung der Wassergebühren sei im Budget nicht berücksichtigt.

Theoretisch könne man dem Budget 1968 den Titel "expansiv" geben; es bleibe jedoch abzuwarten, ob es der Wirtschaft tatsächlich Impulse geben oder aber die Preisauftriebstendenzen weiter fördern werde. Leider mache der Wiener Finanzreferent die Politik der Bundesregierung mit, die allen Österreichern ständig neue finanzielle Belastungen bringe: nämlich durch dauernde Preiserhöhungen auf dem kommunalen Sektor.

In diesem Zusammenhang kommt GR. Dr. Schmidt auf den heute vorliegenden Antrag auf Überprüfung der Tarife zu sprechen. Er betont, daß man aus diesem Antrag kein klares Bild bekommen könne, da eine Aufschlüsselung der Daten fehle.

Die wichtigen Kapitel "Gesundheitswesen" und "Bauwesen" seien nach Meinung des Redners gering dotiert. Mit einem Anteil von 14,8 Prozent (Gesundheitswesen) und von 17,7 Prozent (Bauwesen) an den Gesamtausgaben sei man auf den Stand von 1960 zurückgefallen.

Im weiteren beschäftigt sich der Redner mit der Wiener Wohnbaureform. Zahlreiche Einzelheiten dieser Reform, so meint er, seien unklar und unausgegoren. Mit der Wohnbauförderung 1968 und der Wiener Wohnbaureform habe man es zustande gebracht, daß es im nächsten Jahr sechs verschiedene Wohnbauförderungen zu unterschiedlichen Bedingungen in Wien geben werde. Der Redner bemerkt, daß auch hier wieder einmal keine großzügige Regelung getroffen wurde, und kritisiert unter anderem das System der Wohnbaubehilfen, die von der Wohnungsgröße abhängen. Ein ungünstiges Gesetz des Bundes, erklärt Dr. Schmidt, werde vom Land Wien noch unsozialer ausgestaltet.

Der Redner beschäftigte sich ausführlich mit den Gemeinderats-empfehlungen vor einem Jahr, die damals einen U-Bahn Ausbauplan und für die Linien 1 und 2 sogar den Baubeginn vorgesehen haben. Statt dessen veranstaltete der Finanzreferent ein Bund-Bundeshauptstadt-Ringelspiel um die Finanzierungsfrage.

"Die Stadt Wien sitzt am kürzeren Ast, sie muß dem Bund daher Vorschläge machen und nicht auf Bundesvorschläge warten" ruft Dr. Schmidt. An allem sei wahrscheinlich der nahe Wahltermin schuld und man verzögere absichtlich, mutmaßt er.

Bezüglich des Straßenbaues findet der Redner, daß hier eine bewußte Untertreibung stattfinde. 173,5 Millionen seien unrealistisch und aus Erfahrungswerten heraus müßte man viel mehr annehmen. Noch dazu, wo nicht einmal auf das Parkraumproblem Bedacht genommen wurde. Auch hier vermißt er "Initiative".

2 "Vor lauter Planung kommt es zu keiner Durchführung". Am Beispiel St. Marx: Seit drei Budgets sind immer wieder Planungskosten hierfür im Ansatz, geschehen aber ist noch nichts!"

Nach einer heftigen Attacke auf die Einladungs politik der Bundeshauptstadt gegenüber den kommunistischen Nachbarländern - "Wir führen Europa-Gespräche und das östliche Europa schießt als Antwort über unsere Grenzen" - gibt er namens seiner Fraktion das Versprechen ab, ernstgemeinte Forderungen, die darauf abgestimmt sind, den Bund an seine Verpflichtungen gegenüber der Bundeshauptstadt zu mahnen, bedingungslos zu unterstützen. Dem Budgetvorschlag selbst könne jedoch weder er noch seine Fraktion zustimmen.

Als nächster Redner spricht GR. Dr. Macher (ÖVP). Er faßt die im Budget ausgewiesenen Wirtschaftsprojekte zusammen. Den Umstand, daß Wien Weltstadt sei und eine Großstadt von internationalem Format bestreite er nicht, jedoch sei sie "ohne Dynamik." Verkehrs-, Siedlungs- und Versorgungsprobleme müßten langfristig geplant werden. In dieser Hinsicht sei das Budget enttäuschend. Nicht einmal eine Evidenzhaltung der wichtigsten Vorhaben gäbe es, von gedanklichen Konzeptionen ganz zu schweigen.

Eine weitere Aufgabe, die gewaltige Mittel erfordert, ist die Aufschließung von Bauland. Bisher war die Neubautätigkeit zu wenig im gesamten Städtebauprogramm verankert. Man begnügte sich mit Baulückenverbauung, die weniger Aufschließungskosten erfordert. Daher gibt es in Wien 55 Quadratkilometer nicht oder nur dünn besiedelten Gebietes. Nunmehr ist dessen Aufschließung aber unabwendbar geworden. Die Kosten dafür machen zehnstellige Zahlen aus und müßten langfristig kalkuliert werden. Im Budget finden sich aber nicht einmal Hinweise auf diese Aufgaben. Dabei ist das Aufschließen rechtzeitig vor Baubeginn ein wichtiger Faktor des rationellen Bauens und überdies ein hervorragendes städteplanerisches Lenkungsmittel.

Andere Millionenstädte beschränken sich auf das Aufschließen von Bauland und führen die Hochbauten wegen der damit verbundenen gewaltigen organisatorischen Anforderungen nicht selbst aus.

Zum Problem des Massenverkehrs: Schon 1959 hat Professor Rainer errechnet, daß der Volkswirtschaft durch Verkehrsstauungen 172 Millionen Schilling verloren gehen. Der Generalverkehrsplan ist also schon längst fällig; selbst Anleihen zu seiner Verwirklichung würden sich lohnen. Jedoch beide Großprojekte, die Aufschließung sowie die Lösung des Verkehrsproblems, fanden im Budget keinen Niederschlag. Auch die 12,5 Millionen Schilling für die U-Bahn sind angesichts der Gesamtkosten nur als Erinnerungsbetrag zu werten. Dabei ist eine Sanierung der Verkehrsbetriebe nur durch die U-Bahn zu erwarten, und jeder Tag ohne U-Bahn bedeutet einen Verlust.

Ein weiteres Problem sind die Wohnungsgrößen in Wien. Mit der Errichtung von Klein- und Kleinstwohnungen wurde in der Gründerzeit begonnen. Inzwischen sind diese Wohnungsgrößen für Wien spezifisch geworden. Der kommunale Wohnbau der Zwischenkriegszeit mußte auf einem internationalen Städtebaukongreß schon 1927 Kritik an den Wiener Wohnungsgrößen hinnehmen. Nach dem Krieg hat man den Bau von Kleinwohnungen fortgesetzt, und erst in letzter Zeit findet man formell die Bereitschaft, über Wohnungsgrößen zu sprechen.

Eine Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Wien, die auch im Amtsblatt abgedruckt wurde, gelangt zu der Feststellung, daß die Bezirke mit den meisten Kleinwohnungen mehr Geburten aufweisen, als andere. Mit dieser Feststellung, die den Erfahrungen des täglichen Lebens widerspricht, will man offenbar an überholten Vorstellungen festhalten. Angesichts dieser Haltung läßt sich daran zweifeln, daß die jetzt formell mögliche Vergrößerung der Wohnungen auch realisiert wird. Es wäre jedenfalls bedauerlich, wenn der Klein- und Kleinstwohnungsgürtel in Wien noch ausgeweitet würde. (Zwischenruf GR. Hans Mayr, SPÖ: "Das ist doch eine völlige Verkennung der Motive!")

./.

Bei der Verteilung des Wohnraumes durch das Wohnungsamt soll wieder das Punktesystem als objektiver Gradmesser gelten. Als besonderer Übelstand sind fehlende Unterlagen über die Schichtung des Bedarfes anzusehen.

Neben dem Verkehrswesen und dem Städtebau kommt der Großversorgung eine echte gemeinwirtschaftliche Aufgabe zu. Die Gartenbaubetriebsfläche um Wien herum sichert nicht nur die Versorgung unserer Bevölkerung mit Frischgemüse, diese Betriebe nehmen auch auf die Preisgestaltung entscheidenden Einfluß, vor allem hinsichtlich der Preise für Importwaren.

Wenn in der Grünflächenpolitik in den Verlautbarungen immer wieder darauf hingewiesen wird, daß für das Fällen einer bestimmten Zahl von Bäumen die Zustimmung des Naturschutzbundes vorgelegen ist, so ist das eine reine Alibimaßnahme, denn selbstverständlich muß der Naturschutzbund zustimmen, wenn andernfalls die Kosten von Baumaßnahmen das Zwanzigfache betragen würden. Hier kommt es einzig und allein auf die Geisteshaltung der Kommunalpolitiker an. Man hat aus Teilen der Praterlandschaft einen Park gemacht. Das einzige, was Landschaft und Park gemeinsam haben, ist, daß beide grün sind. In der Praterlandschaft meliorieren, bedeutet demolieren.

Wo aus städtebaulichen Gründen etwas niedrigerissen werden muß, werden neue Gruppen von Geschädigten geschaffen, die man als Umbaugeschädigte bezeichnen könnte. Wer die Mondlandschaft in der Wiedner Hauptstraße erlebt und das Geschäftsleben verfolgt hat, wird gesehen haben, daß viele Geschäftsleute diese Bauperiode nicht überdauert haben und andere sie gar nicht überdauern wollten. Vielleicht sollten auch bei uns - wie dies in München der Fall ist - gemischte Kommissionen die Gewährung von Beihilfen festlegen, und zwar nicht vom Standpunkt der Kloster-suppe und der Fürsorge aus, sondern vom Standpunkt der Wirtschaftspolitik.

Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahre 1964 hat ergeben, daß in den Jahren der Hochkonjunktur das Wirtschaftswachstum Wiens gegenüber den Bundesländern zurückgeblieben ist. Die günstigere Einkommenssituation hat sich nur daraus ergeben, daß in der Bundeshauptstadt viele Betriebe ihre

Verwaltungszentralen haben. In Wien war jedoch ein fühlbares Zurückbleiben der Produktivität festzustellen. Der Aufschwung der Bundesländer hingegen war darauf zurückzuführen, daß dort eine Verstärkung eingetreten ist.

Man soll dieses Budget nicht als Konjunkturbudget zur Bekämpfung der Konjunkturflaute bezeichnen, wenn noch immer keine Ergebnisse der Arbeitsmarktuntersuchung und der Untersuchung der Wirtschaftsbranchen vorliegen, die erst das Fundament einer solchen Konjunkturpolitik bilden würden.

Slavik hat immer wieder darauf hingewiesen, wieviel auf dem Sektor der Investitionen geschieht. Dazu muß man feststellen, daß die Investitionen zwar um 333,6 Millionen höher veranschlagt sind als im Vorjahr, daß sie aber perzentuell gesehen und gemessen an der Erhöhung der Gesamteinnahmen nur geringfügig steigen. Außerdem kann man verschiedener Ansicht darüber sein, welche Ausgaben als "Investitionen" zu werten sind. Leider fehlen die notwendigen Unterlagen darüber. Es sei daher nicht konkret zu beurteilen, ob sich dieses Budget tatsächlich so wirtschaftsbelebend auswirken wird.

Der Redner kommt sodann auf die Wiener Wohnbaureform zu sprechen und erklärt, daß sie bereits vor den Budgetberatungen hätte beschlossen werden müssen. Wir sollen heute hier Ansätze beschließen, deren Grundlagen erst am 20. Dezember beraten und genehmigt werden sollen.

Zur Sperre der Ausgabenansätze: Die Budgethoheit des Wiener Gemeinderates ist gefährdet, wenn Virements, Kassensperren, aber auch die so häufig geübte Form der Zuschußkredite an der Tagesordnung sind. 1966 wurden Zuschüsse von insgesamt 658 Millionen Schilling genehmigt. Heuer sind es bisher 301,8 Millionen. Das gleiche praktizieren wir bei einem Millionen-Aufwand des Wohnbaufonds. Zur Budgetvollständigkeit würde es auch gehören, daß unsere gemischtwirtschaftlichen Betriebe in den Voranschlägen und Bilanzen aufscheinen müßten. Dadurch, daß sie anonym handeln können, kommt es zu Vorfällen, wie jene der letzten Zeit, die Stadthalle betreffend. Dem "Tag der offenen Tür" und der Schaffung des "Amtes für Öffentlichkeitsarbeit" hätte Durchsichtigkeit, Klarheit und Vollständigkeit des Budgets vorausgehen müssen.

Die gemischtwirtschaftlichen Betriebe hätten dem Wiener Gemeinderat ebenso ihre Wirtschaftspläne und Bilanzen vorlegen müssen, wie es die Stadtwerke seit Jahr und Tag tun.

Abschließend bezeichnet der Redner den Generalverkehrsplan, Aufschließung im sozialen Städtebau, Schutz des Stadtbildes und der Landschaft, Bedachtnahme auf die regionale Wirtschaft und Raumplanung als das komplexe Muster der kommunalen Agenden unserer Stadt. Budgetklarheit, Budgetwahrheit - und Budgetdurchsichtigkeit und sachliche Information darüber seien erforderlich. Technischer Fortschritt und gehobener Bedarf drängen zur Stadterneuerung. Wien habe nicht nur die Möglichkeit der Entwicklung zur UNO-Stadt. Durch den Ausbau unserer Hafenanlagen können wir - bedingt durch die zentrale Lage - für Europa eine neue Verkehrsverbindung schaffen.

Trotz verschiedener Vorbehalte werde seine Fraktion den Ansätzen zustimmen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) nimmt zur Forderung nach einer Budgetierung für mehrere Jahre Stellung und verweist darauf, daß bereits Präsident Dr. Stemmer bei den Budgetberatungen für 1967 über die Schwierigkeiten einer so langfristigen Planung gesprochen hat. Wer konnte zum Beispiel im Jahr 1934 bei der Budgetierung die kommenden Jahre voraussehen oder gar berücksichtigen. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich jedoch während der letzten 22 Jahre bemüht, keine kurzfristige Politik zu betreiben. Man war immer bestrebt, für viele Jahre vorzuschauen und voranzuplanen. Aber nicht nur dieses Vorausschauen ist wichtig, sondern auch ein Rückblick auf die vergangenen Jahre.

Der Redner gab einen Überblick über die personelle Zusammensetzung des Wiener Gemeinderats. Er stellte fest, daß von jenen Gemeinderäten, die 1945 über das Wiener Budget berieten, nur mehr fünf bei der heutigen Budgetsitzung zugegen seien..

1945 habe man mit geringen finanziellen Mitteln die Probleme unserer Stadt zu lösen versucht. Heute sei der Gemeinderat von einem neuen - und keinesfalls schlechteren - Geist beseelt. Heute wie damals sei der Voranschlag durch die Zusammenarbeit aller entstanden. Überhaupt sei die Aufbauleistung in Wien während der vergangenen 22 Jahre nur durch die Zusammenarbeit der zwei großen Parteien möglich gewesen.

Die Zusammenarbeit mit der ÖVP habe sich in den letzten Jahren zum beiderseitigen Vorteil verändert. Vor allem weil die ÖVP erkannt habe, daß sie im Gemeinderat keine parteipolitischen Vorteile herauszuarbeiten, sondern sich für die Wiener Bevölkerung einzusetzen habe.

Wenn es gelingt, daß der Wiener Gemeinderat als Einheit auftritt und dem Bund oder den Bundesländern gegenüber seine gerechten Forderungen anzumelden, dann werde sich die Politik der Zusammenarbeit auch auf diesem Sektor als fruchtbar erweisen.

Auf die Finanzpolitik eingehend, sagte GR. Jodlbauer, daß es auch heute viele Stimmen gäbe, die besagten, daß Wien mehr leisten könnte. Aber dieses "Mehrleisten" sei keine Frage der finanziellen Ausgaben, es gehe darum, wie mit den vorhandenen Mitteln ein optimaler Erfolg erzielt werden könne.

Wien habe glücklicherweise noch viele Reserven. Es gibt keine Stadt in Europa, die so wenig Schulden pro Kopf der Bevölkerung hat wie Wien. Durch die kluge Finanzpolitik während der vergangenen 22 Jahre habe die Stadt nicht nur Kassareserven in der Höhe von einer Milliarde Schilling, sondern auch die Möglichkeit, dank ihrer Kreditwürdigkeit Geld aufzunehmen.

Hätte der Bund eine so kontinuierliche und verantwortungsvolle Finanzpolitik betrieben, dann wären die österreichischen Staatsschulden weit weniger hoch. Durch die Finanzpolitik des Bundes werden Wien im kommenden Jahr Einnahmen in der Höhe von 500 Millionen Schilling entgehen.

(Stadtrat Heller SPÖ: "Dafür könnten wir die U-Bahn bauen!")

Die Kontinuität der Wiener Finanzpolitik werde auch durch die Tatsache unterstrichen, daß Vizebürgermeister Slavik bereits seit zehn Jahren Finanzreferent sei. Der Bund habe im gleichen Zeitraum nicht weniger als sechs Finanzminister "verbraucht". Die Ergebnisse der österreichischen Finanzpolitik lassen jedenfalls nicht den Schluß zu, daß der oftmalige Wechsel des Finanzministers vorteilhaft sei.

Jodlbauer betonte, seiner Meinung nach müsse jeder Bundespolitiker auch über ein gewisses Quantum kommunaler Erfahrungen verfügen, wenn er auf Bundesebene Ersprießliches leisten wolle.

Wien hatte schon oft seine besten Männer der Republik zur Verfügung gestellt, darunter zwei Bürgermeister für das Amt des Bundespräsidenten. Und wenn einmal - etwa unter geänderten politischen Verhältnissen - an den Wiener Finanzreferenten der Ruf ergehen sollte, das Finanzministerium des Bundes zu übernehmen, so werde Wien dieses Opfer auf dem Altar des Vaterlandes zu bringen haben.

Dann wendete sich Jodlbauer der Haltung der SPÖ-Fraktion zu den Wirtschaftsproblemen der Bundeshauptstadt zu. Die Sozialisten, sagte der Redner, richten sich nach dem unabdingbaren Anspruch des Staatsbürgers auf Arbeitsplatz, Einkommen und menschenwürdige Wohnung. Dazu aber müsse die Wirtschaft florieren und müßten genügend Arbeitsplätze vorhanden sein. Der Erreichung dieses Zieles diene auch das vorliegende Budget: Auf der Investitionsseite habe man versucht, möglichst hohe Beträge einzusetzen. Darüber hinaus aber bestehe Wirtschaftsförderung nicht nur im Investieren, sondern auch im Vorausplanen. Zusammenfassend meinte der Redner: "Die Wiener Stadtverwaltung ist außerordentlich wirtschaftsfreundlich. Sie tut alles, was getan werden kann, um die Wiener Wirtschaft zu stärken."

Zum Schluß schnitt Jodlbauer das Verhältnis zwischen der Wiener Bevölkerung und der Stadtverwaltung an. Die Stadtverwaltung habe Wien schöner gemacht, als es jemals vorher war: Man habe das Alte gepflegt und Neues geschaffen. Trotzdem jedoch, meinte der Redner, bedürfe es eigener Anstrengungen, die Leistungen der Stadtverwaltung der Bevölkerung nahezubringen, weil ja die meisten Bewohner Wiens keinen umfassenden Überblick über ihre Stadt hätten. In diesem Zusammenhang sei der verstärkte Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt Wien besonders begrüßenswert.

Der Redner faßte zusammen, daß im vorliegenden Budget Vorsorge für die notwendigen Vorhaben getroffen wurde und die dazu erforderlichen Mittel bereitgestellt seien. Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Voranschlag zustimmen.

Schlußwort Slavik

In seinem Schlußwort dankt Vozebürgermeister Slavik den Debattenrednern und nimmt zu einigen in der Debatte aufgeworfenen Problemen Stellung.

Einleitend betont der Finanzreferent, daß es Finanzgesetze gibt, an die man sich halten muß. In verschiedener Beziehung haben sich die Verhältnisse gegenüber der Ersten Republik geändert. Die Stadt Wien bemüht sich im Rahmen ihrer Steuerpolitik, eine gewisse Einkommensumschichtung zu fördern.

Vorfinanzierung: Die Stadt Wien hat dem Bund bereits mehrere Vorfinanzierungsangebote gemacht. Dabei war stets zu überlegen, ob wir mit diesen Angeboten eine raschere Realisierung dringend benötigter Bauten erreichen können. Jedenfalls ist es mit Hilfe der Vorfinanzierungsarten bisher gelungen, den so wichtigen Schnellbahnbau zu realisieren. Betont werden muß, daß die Stadt Wien bei ihren Angeboten auf keinerlei Rechte verzichtet.

Spitalserhalter: Die Stadt Wien hat immer wieder die Initiative ergriffen, wenn es um das Problem der Spitalskosten ging. Ob die gegenwärtigen Verhandlungen auf ministerieller Ebene für die Spitalserhalter günstig ausgehen werden, kann noch nicht gesagt werden.

Flughafen: Bereits im Wiener Memorandum wird darauf hingewiesen, es werde Vorsorge getroffen, daß in Zukunft auch Jumbo-Jets auf dem Flughafen Schwechat landen können. Das Problem, daß der Flughafen relativ nahe an der Stadt liegt, ist nicht nur auf Wien begrenzt, sondern fast überall in der Welt anzutreffen. Es ist selbstverständlich, daß auch darauf in Hinkunft Rücksicht zu nehmen ist.

Vietnam und Griechenland: Die internationale Bedeutung Wiens ist größer geworden. Dies sollte aber nicht dazu verleiten, den Wiener Gemeinderat zu überfordern, was zweifellos geschieht, wenn hier von Vietnam und Griechenland gesprochen wird. Zur Frage Vietnam: Man darf nicht den Fehler machen, den Friedensappell nur an eine Seite zu richten. Zur Frage Griechenland: Wir sind gegen jede Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur - dies aber nicht nur auf Griechenland beschränkt, sondern zum Beispiel auch auf jene Staaten bezogen, die sich als "sozialistisch" bezeichnen. Wo immer demokratische Rechte mißachtet werden, werden wir für die Freiheit eintreten.

Budgetänderungen: Wir können annehmen, daß das Budget am 20. Dezember gewisse Änderungen erfahren wird, wenn der Gemeinderat das Wohnbaukonzept beschließt. Es ist klar, daß die Finanzverwaltung den Beschlüssen des Gemeinderates nicht vorgreifen darf. Selbstverständlich wird dem Gemeinderat sofort mitgeteilt werden, was sich im Budget ändert.

Wassergebühren: Auch hier muß zuerst der Beschluß des Gemeinderates vorliegen, ehe er im Budget berücksichtigt werden kann. Abgesehen davon ist jedoch auch aus dem vorliegenden Budget zu entnehmen, wie viel eine 50prozentige Erhöhung der Wassergebühren ausmachen wird.

Im weiteren betont der Finanzreferent, daß die Stadtverwaltung keineswegs die ÖVP-Teuerungspolitik mitmache. Aber es ist nur natürlich, daß auch Wien von der Gesamtentwicklung in Österreich betroffen werde.

Bei bestimmten Versorgungsleistungen (Wasser und Kanalisation) ist das Selbstkostenprinzip zwingende gesetzliche Vorschrift, zum Teil müssen auch Verzinsung und Investitionskosten dazugerechnet werden. Die Mieter haben durchaus soviel Vernunft, daß sie einen Unterschied machen, ob sie zugunsten des Hausbesitzers mehr zu bezahlen haben oder ob es sich um Kosten für Leistungen handelt, die im Interesse der Mieter erbracht werden.

Es wird äußerst schwierig sein, im Rahmen der Wohnbauförderung eine Vereinheitlichung durchzuführen; welche Lösung immer getroffen wird, sie wird auf die soziale Leistungsfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsgruppen Rücksicht zu nehmen haben.

Es ist durchaus möglich, daß einer von den 53.000 Angestellten der Stadt Wien einschließlich der Stadtwerke behauptet hat, mit dem U-Bahn-Bau könne sofort begonnen werden; nach den Mitteilungen der Verantwortlichen der Baudirektion kann jedoch frühestens in eineinhalb Jahren mit den Arbeiten begonnen werden. Derzeit liegen unterschiedliche Äußerungen des Bundeskanzlers und des Finanzministers vor; wir wollen uns trotzdem bemühen, nach Möglichkeit noch im kommenden Jahr zu einer Vereinbarung mit dem Bund zu kommen.

Bezüglich des Hochwasserschutzes ist es nur für das rechte Donauufer zu einer fixen Vereinbarung gekommen. (Vbgn. Dr. Drimmel: Links sind immer Schwierigkeiten! - Heiterkeit.)

Welche Schwierigkeiten sich bei der Planung und der Schätzung voraussichtlicher Kosten ergeben, zeigt der Referent am Beispiel des Allgemeinen Krankenhauses auf, für das im Jahre 1958 1,5 Milliarden präliminiert worden waren, während jetzt die Kosten schon mit vier Milliarden Schilling angenommen werden, teils infolge der Erhöhung der Baukosten, teils infolge der technischen Entwicklung und der Schaffung zusätzlicher Einrichtungen. Heute bekommen wir noch immer die gleiche Antwort, wenn wir uns nach der voraussichtlichen Baudauer erkundigen; heute wie damals sagt man uns, es werden noch zehn Jahre bis zur Fertigstellung erforderlich sein.

Die Tatsache, daß Wien sich einen Platz als internationale Metropole erkämpft hat, ist nicht zuletzt auf die Bemühungen jener Körperschaften zurückzuführen, die jahraus, jahrein bestrebt sind, den internationalen Ruf Wiens zu festigen und zu vergrößern. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Wir konnten seit Kriegsende nicht nur alle Schäden beheben, sondern auch sehr viel Neues schaffen, und nunmehr nehmen wir neue Planungen in Angriff, und zwar für Vorhaben, die in wirtschaftlich viel günstigeren Zeiten nicht durchgeführt wurden. Die besonderen Großprojekte sind der U-Bahn-Bau, der absolute Hochwasserschutz, die Bekämpfung der Luftverunreinigung und die Abwässerreinigung.

Große Bedeutung kommt der Assanierung zu, die nach einem einstimmigen Wunsch der Landeshauptleute in die Kompetenz der Länder übertragen werden sollte. Ein weiteres wichtiges Problem ist die Baulandbeschaffung, denn allein mit der Baulückenverbauung sind wir schon bis jetzt nicht ausgekommen.

Wo allerdings der Wunsch auftaucht, die Stadt Wien soll nur aufschließen, nicht aber selbst bauen, da scheiden sich die Geister. Wien hat bewußt stets selbst gebaut und wird dies auch in Zukunft so halten.

Unverständlich wäre der Vorwurf, daß wir in der Zeit der Hochkonjunktur keine Anleihen und Kredite aufgenommen haben, um große Projekte zu verwirklichen. Hoffentlich ist das nicht die Ansicht von Professor Rainer, den die ÖVP früher nicht leiden konnte und der jetzt trotzdem ihr Berater ist. Ein

solches Verlangen steht nämlich im Gegensatz zu allen volkswirtschaftlichen Thesen von Kamitz, Koren und anderen. Auch hat man die Durchführung der Olympischen Spiele abgelehnt, weil dadurch angeblich eine Konjunkturüberhitzung entstanden wäre. Und jetzt hätten wir auf einmal Anleihen aufnehmen sollen? Ich fasse es daher nicht als Vorwurf auf, daß wir die Stadt Wien in der Konjunktur nicht verschuldet haben. In einer Zeit der Wirtschaftskrise würden wir es unter Umständen anders machen und Mittel für eine produktive Arbeitslosenfürsorge allenfalls auch auf dem Kapitalmarkt suchen, um der Wirtschaft neue Impulse zu geben.

Zur Frage der Familienpolitik haben wir Untersuchungen angestellt, die mit politischen Mehrheitsverhältnissen nichts zu tun haben. Wir wollen jedenfalls auch auf diesem Gebiet einen gesunden Optimismus pflegen, um die Zukunft meistern zu können. Der Gemeinderat wird in absehbarer Zeit Gelegenheit haben, über familienpolitische Probleme anhand von genauen Unterlagen ausführlich zu diskutieren.

Der Landeshauptleutekonferenz wurde genügend sachliches Material zur Verfügung gestellt, um den Standpunkt Wiens zu untermauern. Aber auch mit den besten Argumenten wäre da keine Standpunktsänderung zu erreichen gewesen.

Wien ist sehr besorgt um die Erhaltung des innerstädtischen Baumbestandes. Vor jeder Fällung stellt man lange Überlegungen an und versucht auch durch Neupflanzungen, reichlich Ersatz zu schaffen. Manchmal ist es aber einfach erforderlich, den einen oder anderen Baum einem großen Bauvorhaben zu opfern.

An einer Analyse der Regionalwirtschaft wird intensiv gearbeitet. Man muß dabei bedenken, daß ganz Ost-Österreich zwischen 1945 und 1955 durch die russische Besatzungsmacht einen Entwicklungsrückschlag erlitt. In dieser Zeit gab es keine ERP-Mittel für dieses Gebiet, und die Besatzungsmacht machte es nicht leicht, ein Entwicklungsprogramm zu entwerfen. Diese Rückschläge können nicht in zwölf Jahren aufgeholt werden. Ost-Österreich hat auch das unbegründet optimistische Gerede von einem baldigen EWG-Anschluß geschadet, weil dadurch die Betriebsansiedlungen in diesem Gebiet nicht gefördert wurden.

Wien führt mit jedem Betrieb, der absiedeln will, intensive Gespräche und bemüht sich dauernd um Neuansiedlungen, wie sie etwa in Liesing, in Auhof und anderswo auch geglückt sind. Wien übernimmt auch gerne die großen finanziellen Belastungen, um die Voraussetzungen für Betriebsneugründungen zu schaffen, weil dadurch Arbeitsplätze für die Wiener entstehen.

Auch für unseren Geschmack dauern die einschlägigen Untersuchungen schon sehr lange. Sie sind jedoch nicht einfach, da sie in Zusammenarbeit von vielen interessierten Stellen unternommen werden. Mit halbfertigem Material will man nicht herausrücken. Zwei Teilgebiete sind bereits behandelt, zwei weitere, die im Rahmen der Paritätischen Kommission untersucht werden, sind noch offen. Das für diese Fragen gegründete Referat der Finanzverwaltung bemüht sich sehr um einen Gesamtüberblick über die Wirtschaftsprobleme im Raum Wien.

Zu den Investitionen gehören nicht nur die baulichen Herstellungen, sondern auch Maschinenkäufe oder Instandhaltungen. Man könnte ihre Gesamtberechnung wohl auf eine andere Basis stellen, hätte dann aber ein Jahr lang keine Vergleichsmöglichkeiten. Im wesentlichen fassen wir den Begriff Investitionen so auf, wie er in Großbetrieben üblicherweise definiert wird.

Der Gebarungsabgang ist heuer geringer als im Vorjahr. Ein Budget wäre überflüssig, wenn jede Geschäftsgruppe immer den gleichen Prozentsatz erhielte. Verschiebungen sind jedoch nötig, da immer wieder andere Dringlichkeiten auftauchen. Dem veranschlagten Abgang von 275 Millionen Schilling steht eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben von 210 Millionen Schilling gegenüber; man kann also von einem ausgeglichenen Budget sprechen.

Selbstverständlich hat der Gemeinderat die Möglichkeit, über den Voranschlag hinaus eine Initiative zur Ankurbelung der Wirtschaft zu ergreifen, wenn die Entwicklung dies gebietet.

Die Ermächtigung zu Kassensperren dient vor allem dazu, eine Zahlungsunfähigkeit der Stadtverwaltung zu verhindern. Man wird sehen, was der Verfassungsgerichtshof dazu sagt.

In den meisten jener Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, sitzen Gemeinderäte im Aufsichtsrat.

In dieser Funktion aber ist es Ihre Pflicht, ausschließlich im Interesse des Betriebes zu wirken, und nicht Instrumente der Werksspionage zu sein. Unsere Betriebe dürfen gegenüber anderen Unternehmen nicht dadurch benachteiligt sein, daß über ihre internen Vorgänge allzu freizügig Informationen gegeben werden.

Eine Weltstadt entsteht nicht durch Anhäufung von Häusern oder Autos, auch nicht durch eine U-Bahn, sondern vor allem durch die weltaufgeschlossene Gesinnung ihrer Bewohner. Den Wienern darf man das Zeugnis ausstellen, daß sie diese Gesinnung haben.
(Beifall)

Die Frage, ob Wien mehr leisten könnte, hängt von den Einnahmen ab. Wir könnten uns mehr Einnahmen verschaffen, aber die muß irgend jemand bezahlen und das geht kaum ohne eine Belastung der Bevölkerung.

Können wir Anleihen oder Kredit aufnehmen: Die Frage ist wann. Möglicherweise kommen wir einmal in diese Situation. Die Stadt Wien wird sich diese Möglichkeit jedoch als eiserne Reserve vorbehalten, die nur dann angewendet werden soll, wenn sie unbedingt zur Sicherung der Existenz unserer Wirtschaft und damit der Bevölkerung notwendig ist. Es sei erfreulich, daß wir gerüstet sind, unserer Wirtschaft bei Bedarf die nötige Injektion geben zu können.

Zur Berufung als Finanzminister: Solange Wien ihm das Vertrauen schenke, werde er in Wien weiter arbeiten. Die SPÖ habe so viele gute Leute, daß sie nicht nur eine Regierung besetzen könnte, sondern mehrere.

Abschließend stellt der Vizebürgermeister fest, daß sich alle seiner Meinung sind, wenn er feststellt, wieviel in Wien seit 1945 geleistet werden konnte. Die Wiener machen jedoch leider vielfach den Fehler, daß alles, was sie in anderen Städten oder im Ausland sehen, viel mehr Eindruck auf sie macht. Sie vergessen, daß ihnen im Ausland natürlich nur das Schöne gezeigt wird. Mit den Problemen der Verwaltung kommen sie dort ja nicht in Berührung. Wir bilden uns nicht ein, daß bei uns alles wie im Paradies ist. Wir wissen, daß wir noch viele Probleme zu lösen haben, aber wir wissen auch, daß wir mit Erfolg an der Lösung dieser Probleme arbeiten. Die Leistungen, die Wien bisher erbracht hat, sind Leistungen aller Wienerinnen und Wiener, auf die sie alle stolz sein können.

Der Vizebürgermeister dankt allen Bediensteten, die an der Erstellung des Voranschlages mitgearbeitet haben und auch den Amtsführenden Stadträten für ihr Verständnis. Nicht jeder Stadtrat und nicht jeder Abteilungsleiter war natürlich vollkommen zufrieden. Auch er als Finanzreferent sei es nicht zur Gänze. Das Budget wurde aber in guter Zusammenarbeit von den Beamten und Funktionären zustandegebracht. Es gibt uns die Sicherheit, daß die Arbeit an unserer Heimatstadt Wien auch im nächsten Jahr mit Erfolg weitergeführt werden kann.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des zweiten Hauptstückes, Finanzwesen, mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag des Referenten, die gestellten Anregungen der Gemeindemitglieder den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen, wurde einstimmig angenommen.

Die Vorsitzende, GR. Eleonora Hiltl, unterbricht hierauf die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, fortgesetzt. Referent Stadtrat Hans Bock (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Schneefall führt zu Glatteisbildung
=====

11. Dezember (RK) Auf leisen Sohlen kehrte der Winter in Wien ein. Die leichten Schneefälle und die Minustemperaturen führten um 9 Uhr früh zu den ersten Glatteisbildungen auf den Straßen unserer Stadt. Die Autofahrer waren nicht sehr zufrieden, aber die Stadtreinigung hätte innerhalb kürzester Zeit 2.100 Kilometer Straßen bestreuen müssen. Außerdem waren die Streufahrzeuge sehr behindert, weil sich der gesamte Individualverkehr nur sehr langsam abwickelte und damit die Fahrzeuge oft steckenblieben. Am frühen Nachmittag waren 162 Streufahrzeuge im ununterbrochenen Einsatz, um die Straßenglätte zu bekämpfen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

11. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 S, Karotten 3 S bis 4 S je Kilogramm, Kohlrabi 1.50 S bis 4 S je Stück.

Cbst: Äpfel: Wirtschaftsware 3 S bis 4.50 S, Tafelware 6 S bis 8 S, Birnen 2 S bis 8 S, Orangen 5 S bis 7 S je Kilogramm.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in dieser Woche
=====

11. Dezember (RK) In dieser Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Josefstadt:

14. Dezember, 17.00 Uhr, Schlesingerplatz 4

Floridsdorf:

Dienstag, 12. Dezember, 15.00 Uhr, Am Spitz 1/201

- - -

Rinderhauptmarkt vom 11. Dezember

=====

11. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0.
Neuzufuhren Inland: 46 Ochsen, 309 Stiere, 493 Kühe, 155
Kalbinnen, Summe: 1003. Gesamtauftrieb dasselbe.

Verkauft sind 46 Ochsen, 307 Stiere, 493 Kühe, 153
Kalbinnen. Summe: 999. Unverkauft: 2 Stiere, 2 Kalbinnen,
Summe: 4.

Notierungen: Ochsen 13 bis 16, extrem 16.30 (3),
Stiere 13 bis 16, extrem 16.20 bis 16.50 (3), Kühe 9.50 bis
12.80, extrem 13 bis 13.30 (4), Spitzenextrem 13.50 (1)
Kalbinnen 13 bis 15.20, extrem 15.50 bis 15.90 (2), Spitzen-
extrem 16 (1), Beinlvieh Kühe: 8 bis 9.40, Ochsen und Kalbinnen
9.50 bis 12.80. Marktverkehr.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Kühen um 21 Groschen,
ermäßigte sich bei Ochsen um 11 Groschen, Stieren um 5 Groschen,
Kalbinnen um 15 Groschen. Die Durchschnittspreise einschließlich
Beinlvieh betragen: Ochsen 14.32, Stiere 14.77, Kühe 10.92,
Kalbinnen 13.85, Beinlvieh notierte unverändert.

- - - -